

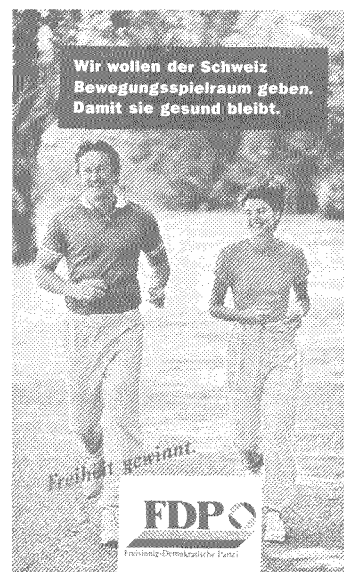
Schweiz

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

## Sachpolitik im Vordergrund



Die vier Plakate der schweizerischen FDP, welche zugleich als Inserate erscheinen, zeigen die thematischen Schwerpunkte, welche die Partei für den Wahlherbst 1991 und darüber hinaus setzt.

AMK. Der Wahlherbst naht, und mit ihm verstärken sich die Aktivitäten der Parteien. Für die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) steht Sachpolitik im Vordergrund. Die FDP will sich als die Partei profilieren, die konkrete Lösungen zu den anstehenden Pro-

blemen vorschlagen kann. Hinter den Werbemaßnahmen, die vor den Wahlen verstärkt getroffen werden – Plakate, Druck von Broschüren, Inserate, Info-Line (auf der Gratis-Telefon-Nummer 155 28 00) –, steht eine breit abgestützte, grosse politische Arbeit. Diese Arbeit hat natürlich nicht erst dieses Jahr begonnen, sie erfolgt das ganze Jahr, die ganze Legislaturperiode.

Den Leserinnen und Lesern des «Freisinn» stellen wir hier unsere vier Plakate vor, mit denen wir auch via Inserate Werbung machen und die gleichzeitig unsere thematischen Schwergewichte zeigen: Wohnen/Boden, Umweltschutz, Asylpolitik, Deregulierung.

Rufen Sie das Generalsekretariat an, wenn Sie zu diesen oder anderen Themen politische Unterlagen, Sachwissen brauchen: Tel. (031) 22 34 38. – Die FDP hat einiges zu bieten.

## Liberaler Persönlichkeiten

Einem Ereignis besonderer Art sieht die FDP Schweiz entgegen: Am 6. und 7. September hält die Liberale Internationale (LI) ihre Jahresversammlung in Luzern ab. Neben bekannten liberalen Persönlichkeiten aus der Schweiz nehmen daran rund 300 Delegierte von 55 liberalen Parteien und Gruppierungen aus 34 Ländern teil.

Die Liberale Internationale wird präsiert vom deutschen FDP-Präsidenten Otto Graf Lambsdorff. Unter den internationalen Persönlichkeiten befinden sich ferner der ehemalige und der designierte Präsident der LI, der frühere spanische Ministerpräsident Adolfo Suarez und der britische Liberale David Steel.

Die Frage der Minderheitenrechte wird im Zentrum des Kongresses stehen. LI-Vizepräsident Dr. Hugo Bütler, Chefredaktor der NZZ, hält das einführende Referat. Vertreter aus Slowenien, Kroatien und den baltischen Staaten werden dazu hochaktuelle Beiträge liefern.

Als Vertreter der Landesregierung wird Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz die Delegierten begrüßen.

Mehr zum Thema ab Seite 5

### Inhalt

- «Werbeverbote als Triumph der Irrationalität» titelt Werbe-  
profi Josef Wirz provozierend auf Seite 10
- Noch einmal:  
Liberaler Frauenpolitik. Persönliche  
Gedanken in Zusammenhang mit  
der Tagung der FDP-Frauen  
in Thun ab Seite 13

## Verwaltungsgrenzen wurden zu Kultur- und Zivilisationsgrenzen

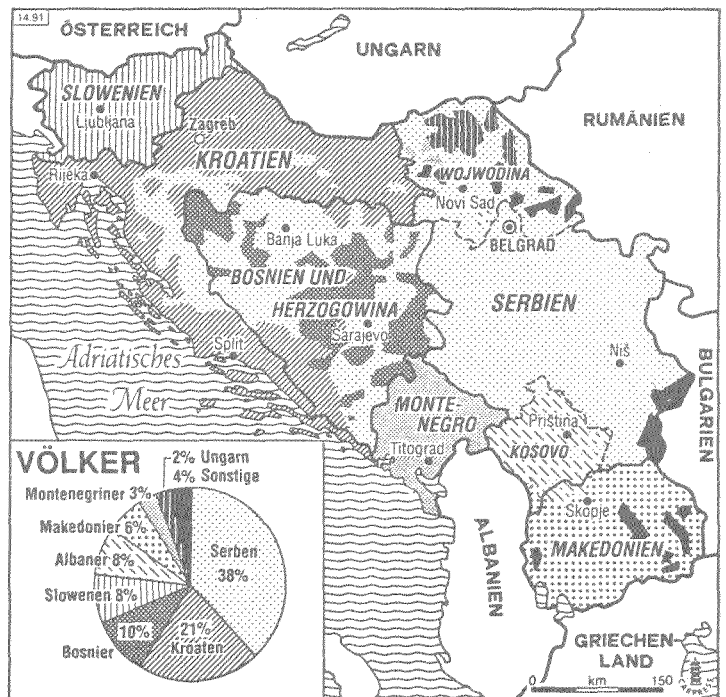
Imperien kommen, vergehen. Im Laufe der Jahrhunderte gewachsene religiös-kulturelle Grenzen bleiben bestehen. Kroaten, Slowenen und Serben (Mazedonier und Bulgaren) sind südslawische Völker.

Kaiser Diocletian dezentralisierte zu Ende des dritten Jahrhunderts sein Reich, um die Verwaltung zu entlasten. Er teilte das Römische Reich auf. Die Teilungsgrenze verlief mitten durch das heutige Jugoslawien. Kroaten und Slowenen wurden Rom (Katholizismus und lateinischem Alphabet) untertan.

Die anderen Südslawen verwaltete hingegen Byzanz (Orthodoxie und kyrillisches Alphabet), das Konstantinopel unter den ottomanischen Türken. Unter deren Joch ächzten fünf Jahrhunderte lang u. a. Serben, Mazedonier, Montenegriner und Bulgaren. Sie befreiten sich vor knapp 120 Jahren.

Jahrhundertlang gehörten Kroatien und Slowenien zur Habsburger Monarchie, zum westlichen Kulturkreis.

Diocletians Verwaltungsgrenzen «wirken» heute noch nach.



# Krieg in Jugoslawien ist Krieg in Europa

**Der Zerfall der jugoslawischen Zwangsgemeinschaft vollzieht sich nicht erst seit gestern vor den Augen des Westens. Zwangsgemeinschaften sollen im künftigen «europäischen Haus» keinen Platz mehr haben.**

**Jacques Baumgartner**

Hinterher ist man meistens klüger. Das wird auch auf die Europäische Gemeinschaft (EG) zutreffen. Deren bisherige Friedensmissionen in Jugoslawien verliefen ergebnislos. Die in Belgrad abgeblitzten EG-Abgesandten geben Serbien die Schuld für das Scheitern der Vermittlungsbemühungen.

Jetzt wird erwogen, im nachhinein jene Republiken – Kroatien und Slowenien – völkerrechtlich anzuerkennen, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben. Das entspräche auch dem demokratisch geäusserten Wunsch und Willen der Kroaten und Slowenen.

**Es herrscht nicht Krieg zwischen der Zentralmacht in Belgrad und unbotmässigen Teilrepubliken, sondern es ist Krieg zwischen Staaten, und es ist Krieg in Europa.**

Als Kroaten und Slowenen ihre Unabhängigkeit erklärten, wurden sie vorerst kritisiert, be-

schworen die westeuropäischen Regierungen die Einheit Jugoslawiens. Das ermunterte die Militärs, Panzer in Bewegung zu setzen.

Es geht aber den Militärs nicht um die Einheit. Sie sind zum – letzten – ideologischen Gefecht, allerdings mit Toten, angetreten. Die sogenannte jugoslawische Bundesarmee kommandieren serbisch-kommunistische Generäle. Manipuliert werden diese vom serbischen Präsidenten und Altkommunisten Slobodan Milosowitsch. Dieser träumt schon lange von einem Grossserbien, einem fortgesetzten jugoslawischen Zwangsstaat unter seiner, unter serbischer Fuchtel. Seit zwei Jahren versucht Milosowitsch diesen Plan in die Tat umzusetzen. Warnungen der Kroaten und Slowenen wurden in Westeuropa als Propaganda abgetan.

Nach den Vorstellungen der serbischen Politiker soll Gross-Serbien alle Gebiete umfassen, in denen es eine serbische Bevölkerung bzw. eine starke serbische Minderheit gibt. Wenn Zehntausende von Menschen in Bosnien und Herzegowina

für Frieden demonstrierten, so hat das seinen Grund. Das Schlimmste wird befürchtet. Es dürfte nur eine Frage kurzer Zeit sein, bis die serbischen Panzer auch in diese Republik vorstossen.

Ziel der Serben ist insgeheim die Zerschlagung – oder Aufteilung – von Bosnien und Herzegowina, von dessen 4,3 Millionen Einwohnern 32 Prozent Serben, 19 Prozent Kroaten und 42 Prozent Muslime verschiedener ethnischer Herkunft sind. Auch in Bosnien und Herzegowina hat sich die Bevölkerung bis auf die Zähne bewaffnet.

Denkbar ist auch ein Krieg der Serben um Kosovo geworden. Kosovo ist die Wiege der serbischen Kultur und die Geburtsstätte des mittelalterlichen Grossserbien. Aber in Kosovo haben die muslimischen Albaner (jugoslawische Staatsbürger) die Serben verdrängt. Der albanische Präsident, Ramiz Alia, befürchtet ein Blutbad der Serben. Er hat sich an die Vereinten Nationen (Uno) gewandt. Seine Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Die Serben schüren und heizen die Spannung an.

Serbische Extremisten haben, zusammen mit der Polizei, damit begonnen, ihre Landsleute mit Sturmgewehren zu bewaffnen. Sie behaupten, bereits 75 000 «Freiwillige» unter

Waffen zu haben, welche bereit seien, für «Serbien zu sterben».

Auch Anführer der Albaner drohen. Falls die serbischen Streitkräfte versuchten, gegen die 2,3 Millionen Kosovo-Albaner vorzugehen, so erhielte «man» Waffen zur Verteidigung aus dem benachbarten Albanien. Monatlich kehren (flüchten?) 200 Serben Kosovo den Rücken; schätzungsweise 200 000 halten noch die «Festung».

**Der Westen, Westeuropa scheint die Lektion des Auf- und Umbruchs, des Wandels im Osten noch nicht verstanden zu haben. Nach wie vor glaubt man, die aus den Veränderungen entstehenden Probleme mit der «Brietasche» allein, mit der Gewährung von Krediten, lösen zu können. Es wird nach wie vor von Stabilität in bezug auf Staaten gesprochen, die längstens nicht mehr stabil sind.**

«Jugoslawien» ist nur Vorgeschnack. Auch andere Völker im Osten werden nicht mehr und nicht weniger als ihr in der Uno-Charta verbrieftes Recht auf Selbstbestimmung fordern. Der Westen täte gut daran, sich bereits heute darauf einzustellen. □

# Ständeratskandidat Willy Loretan: alle zwei Jahre einen Viertausender

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Dass die Schweiz im Jubiläumsjahr geistig den Durchbruch hat finden können, um sich – wie auch immer – an der Neugestaltung Europas (vom Atlantik bis zum Ural) aktiv zu beteiligen.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Die andauernde und zunehmende Begehrlichkeit vieler Bürger und Bürgerinnen nach (Gratis-)Leistungen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden).

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die wichtigste: die Anwendung der elektrischen Energie, die entbehrlichste: das Auto-telefon; es steigert die Hektik ins fast Unerträgliche.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Ihre kulturelle, sprachliche und politische Vielfalt. Sie könnte ein Muster für Europa abgeben.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Eine gewisse engstirnige Intoleranz und der Egoismus. Hoffentlich kommt die Trendumkehr bald in Sicht.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»**

Nur bedingt; sofern sich nämlich Minderheiten den Regeln der Demokratie und des Rechtsstaates zu unterstellen bereit sind.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil sie auf dem gemeinsamen, liberalen Fundament der geistigen Offenheit eine Vielfalt von Meinungen zulässt.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?**

Dem US-Präsidenten Bush für die Art, wie er – konsequent, aber ohne Überheblichkeit und Anmassung – die zurzeit einzige Weltmacht führt.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch saubere, klare Argumentation und beharrliches Ansteuern eines als richtig erachteten Zieles.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Bei aller Bejahung der Gleichberechtigung, auch punkto Chancen im Beruf, Politik usw., sollte man nicht all die neckischen Unterschiede einzuebennen versuchen!

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**



FDP-Nationalrat Willy Loretan mit Bergkameraden: «Alle zwei Jahre einen Viertausender.»

Ich nehme mir zuwenig Zeit für meine Familie, meine Freunde und mich selbst. Wenn ich – vielleicht nach anfänglichem Zögern – zu einer Aufgabe/Pflicht Ja gesagt habe, ziehe ich sie mit aller Härte gegen mich selber (und manchmal auch gegen andere) durch.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

«Kulturgeschichte der Neuzeit» von Egon Friedell.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Mindestens eine Stunde Waldlauf pro Woche. Alle zwei Jahre in den Saaser Ferien einen Viertausender.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Eine Weltreise (ohne Politik), die mindestens ein Jahr dauert.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen, und warum?**

J. R. von Salis. Mir imponiert der Bezug der Geschichte zur aktuellen Politik, der sich in seiner Persönlichkeit verdichtet. □

## Kurzbiographie

### Willy Loretan

**Zur Person:** Bürger von Zofingen und Leukerbad VS, seit 50 Jahren in Zofingen, wo er die Schulen besuchte; Kantonsschule in Aarau, Studium der Jurisprudenz in Lausanne und Zürich. Aarg. Fürsprecherpatent. Verheiratet, zwei erwachsene Kinder, seit kurzem Grossvater.

**Alter:** 57

**Berufliche Stationen:** Drei Jahre Gerichtsschreiber, zwei Jahre aarg. Baudepartement, 1966 bis 1973 Gerichtspräsident, seit 1974 Stadtmann (Stadtpräsident) von Zofingen. Daneben seit 1971 Präsident des Regionalverbandes Wiggertal-Suhrental (RWWS), Präsident der Schweizerischen Stiftung für Landschaftschutz und Landschaftspflege (SL). Militär: Oberst, zuletzt Kdt eines Mobilmachungsplatzes.

**Politischer Werdegang:** Mitglied des Einwohnerrates (Legislative) Zofingen 1966 bis 1973 (Präsident 1972/73), 1969 bis 1981 Grossrat. Seit 1979 Nationalrat.

**Liebste Tätigkeit:** Wanderungen in den Bergen, historische Literatur, Schiessen (300 m) – und Politik. □

# Vaclav Klaus: Hoffnungsträger für eine freie Marktwirtschaft

**Vaclav Klaus, tschechoslowakischer Finanzminister und führender reformistischer Kopf in der Regierung, weilte auf Einladung von Peter Spälti, FDP-Nationalrat und Chef der Winterthur-Versicherungen, in der Schweiz. Nebst den allgemeinen Erörterungen über die Tschechoslowakei und die dort laufenden Wirtschaftsreformen kamen auch Probleme seiner demokratischen Bürgerpartei und die Parlamentswahlen 1992 zur Sprache.**

Anna-Marie Kappeler

Der 49jährige Ökonom und gebürtige Prager, der sowohl wirtschafts- als auch innenpolitisch zum starken Mann der Tschechoslowakei aufgestiegen ist, verteidigt sein Reformkonzept nicht nur, sondern ist als Wegbereiter einer freien Marktwirtschaft überzeugt, dass seine Reformen nicht mehr aufzuhalten sind.

Zudem bejaht Vaclav Klaus die Möglichkeit, nach den Parlamentswahlen im nächsten Jahr Ministerpräsident der Tschechoslowakei zu werden.

Dies hängt nicht nur vom guten Image ab, über das der Minister in einer breiten Öffentlichkeit verfügt, sondern auch von den Wahlvorbereitungen der demokratischen Bürgerpartei.

## Teuerung

Im Gespräch brachte Klaus zum Ausdruck, dass ihm wachsende Unzufriedenheiten der Bevölkerung in bezug auf die Teuerung bekannt sind. Zudem könne er nicht mit Bestimmtheit sagen, wie lange die Bevölkerung der Tschechoslowakei den damit verbundenen Problemen noch standhalten könne.

«Aber die gegenwärtigen Inflationsraten zeigen die Qualität der bei uns laufend stattfindenden ökonomischen Veränderungen», meint der Minister. Mit der Entwicklung der Inflationsdynamik sei man äusserst zufrieden. Diese habe im Januar nach der Aufhebung

der Preisregulierungen im Vergleich zum vergangenen Dezember 26 Prozent betragen, sei im Februar auf 7 Prozent, im März auf 4,7 Prozent und im April auf 2 Prozent zurückgegangen.

Für ihn ist damit sein Konzept zur Verhinderung einer immer schneller rotierenden Inflationsspirale aufgegangen: «Wir haben uns mit den Lohnerhöhungen die gewöhnlich auf Teuerungen folgen, Zeit gelassen. Erst jetzt sind sie im Gange, und wir können nur hoffen, dass keine neue Preislawine ausgelöst wird.»

## Freie Marktwirtschaft

Nach den Vorstellungen des Hoffnungsträgers für eine freie Marktwirtschaft müssen nun die Kräfte des Marktes unge-

hindert spielen und möglichst viele Deregulationen durchgesetzt und Subventionen abgebaut werden. Seine grössten derzeitigen Probleme sind, dass so vieles in so kurzer Zeit entschieden werden müsse. Es werde aber alles getan, um die Reprivatisierung der Wirtschaft voranzutreiben. So werden denn täglich an Auktionen in staatlichem Eigentum stehende Klein- und Mittelbetriebe an Private verkauft.

## Politische Aufbauarbeit

Mit seiner vom Bürgerforum abgespaltenen demokratischen Bürgerpartei möchte er 1992 die Wahlen gewinnen. Er wäre mit dieser Partei bereit, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die Zielgerichtetheit und die überzeugenden Zukunftsvisionen, die den vorbildlich liberal argumentierenden und handelnden Finanzminister, von dessen klaren ordnungspolitischen Vorstellungen manch schweizerischer Politiker lernen könnte, auszeichnen, sind Grund genug, um ihm beim Aufbau einer Partei zeitig betätigt und aktiv zur Seite zu stehen.



Vaclav Klaus, tschechoslowakischer Finanzminister und führender Kopf der Wirtschafts- und Finanzreform in der CSFR, zusammen mit seiner Frau, Klausova, ebenfalls ausgebildete Ökonomin, sowie FDP-Nationalrat Peter Spälti (Mitte) nach den Gesprächen in Winterthur.

Wer mit dem dynamischen Finanzminister spricht, wird positiv beeindruckt von seinem unerschütterlichen Zukunftsglauben und von den bereits erreichten Erfolgen der tschechoslowakischen Wirtschaft auf dem Weg zu einer freien Marktwirtschaft.

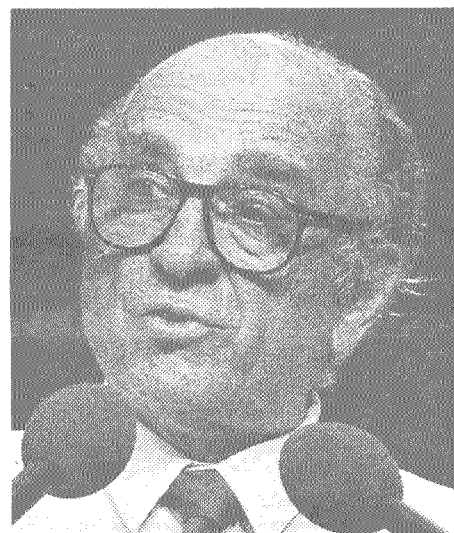
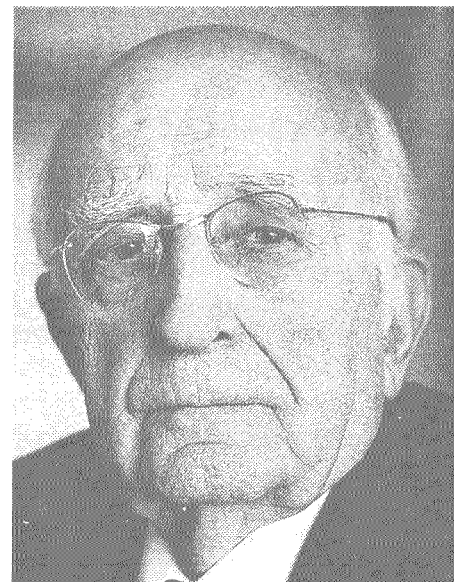
Hindernisse zeigen sich vorab dann, wenn er sich mit Experten herumschlagen hat, die ideologisch mit der Zentralplanung des verflornten Regimes noch eng verbunden sind. Deren Einwände richten sich gegen seinen Reformkurs und bauen damit unnötigen Widerstand gegen die eingeleiteten Reformen auf.

## Unterstützung

In der Ausgestaltung der tschechoslowakischen Aussenwirtschaftsbeziehungen legt Vaclav Klaus Wert darauf, sich nicht nur gegenüber Europa, sondern der ganzen Welt zu öffnen.

Als besonders positiv erachtet er die Tatsache, dass die Schweiz im internationalen Vergleich in bezug auf Joint ventures bereits den dritten Platz innehält. Er gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Schweiz so schnell wie möglich tschechoslowakischen Produkten als Exportmarkt öffnen solle. Wichtiger Bestandteil wäre auch die Förderung des Tourismus.

Entscheidend ist, dass sofort etwas geschieht, denn die Tschechoslowakei und sein Wirtschaftsreformprogramm so Klaus weiter, seien heute und nicht erst morgen auf Unterstützung angewiesen. Im Gegensatz zur Schweiz, wo wir uns zu oft mit Nebensächlichkeiten und unwichtigen politischen Fragen beschäftigen, steht für ihn in unmittelbarer Zukunft vieles auf dem Spiel, was über Erfolg oder Misserfolg seiner Reform entscheiden wird. Zusammen mit Nationalrat Spälti prüft die FDP (Fond Osteuropa), was sie für den Aufbau der Parteistruktur und der Informationsarbeit der demokratischen Bürgerpartei tun kann. Der «Freisinn» wird über die weiteren Aktivitäten berichten. Interessierte Parteimitglieder wenden sich an Anna-Marie Kappeler, Pressechefin, FDP-Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38. □



Die Präsidenten in der Geschichte der Liberalen Internationale: Adolfo Suarez und sein Vorgänger Giovanni Malagodi (von links), Salvador de Madariaga (oben rechts) sowie der amtierende LI-Präsident, der deutsche FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff. (Siehe dazu den Artikel auf Seite 9: Wer ist die Liberale Internationale?.)  
(Photos Keystone/Archiv NZZ)

## Liberales Internationale zu Gast in der Schweiz

**Rund 300 Delegierte von 55 liberalen Parteien und Gruppierungen aus 34 Ländern werden am kommenden 6. und 7. September in Luzern zum diesjährigen Kongress der Liberalen Internationale (LI) erwartet. Hauptthema des 44. LI-Kongresses ist die Frage der Minderheitenrechte, zu dem unter anderem Beobachter aus Slowenien, Kroatien und den baltischen Staaten hochaktuelle Beiträge liefern werden.**

**Gottlieb F. Höpli**

Zum Thema des Zusammenlebens von Minderheiten werden aber neben den Delegationen aus dem Ausland auch die beiden Gastparteien – die Frei-

sinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) und die Liberale Partei der Schweiz (LPS) – aus der Perspektive eines aus lauter Minderheiten bestehenden Landes beitragen. Der einleitende Themenrapport wird vom schweizeri-

schen LI-Vizepräsidenten Dr. Hugo Bütler, Chefredaktor der NZZ, vorgestellt. Der Kongress steht unter dem Vorsitz des LI-Präsidenten und deutschen FDP-Präsidenten Otto Graf Lambsdorff. Weitere Hauptereignisse des Kongresses sind eine Debatte über den «Liberalismus der neunziger Jahre» und die Verleihung des «Preises der Freiheit» der Liberalen Weltunion, der letztes Jahr in Helsinki an Vaclav Havel verliehen wurde. Unter den liberalen Persönlichkeiten, die am Kongress teilnehmen werden, befinden sich der ehemalige und der designierte Präsident der LI, der frühere

spanische Ministerpräsident Adolfo Suarez und der britische Liberale David Steel, der finnische Ministerpräsident Esko Aho mit seinen Ministerkollegen Vayrynen und Norrback, der nicaraguanische Vizepräsident Virgilio Godoy sowie liberale Regierungsmitglieder aus Brasilien, Deutschland, Dänemark, Honduras, Senegal und der Schweiz.

Aus Anlass dieses Kongresses stellt der «Freisinn» in dieser Nummer drei liberale Parteien vor: diejenige aus Italien, Deutschland und Grossbritannien. □

# Rivalität seit der nationalen Einigung Italiens

**Eine mitunter von scharfem Konkurrenzdenken geprägte Rivalität kennzeichnet das Verhältnis zwischen dem Partito liberale italiano (PLI) und dem Partito repubblicano (PRI), obwohl beide Kleinparteien derselben liberaldemokratisch-laizistischen Kultur zugehören und ähnliche Wählerschichten ansprechen.**

Andreas K. Winterberger

Die Rivalität zwischen dem PLI und dem PRI ist auf das unterschiedliche Liberalismus- und Demokratieverständnis von Italiens Gründervätern Cavour (liberal) und Mazzini (republikanisch) zurückzuführen. Cavour optierte klar für die Monarchie und einen ganzheitlichen, die Wirtschaft einschliessenden Liberalismus, der der Demokratie sowie der katholischen Kirche konstitutionell klare Grenzen setzen sollte. Seine Verbündeten waren Grossbauern, das sich langsam entwickelnde Industrieunternehmertum sowie das gebildete und wohlhabende Bürgertum. Mazzini tendierte eher zu einer republikanischen und egalitäreren Demokratie.

Die Liberalen regierten das Land und bildeten auch dessen ökonomische und kulturelle Elite bis zur faschistischen Machtübernahme. Während dieser dunklen Phase in der Geschichte des Landes waren Liberale als Partisanen und Intellektuelle an vorderster Front des Widerstands. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen der international renommierte Ökonom Luigi Einaudi sowie

der nicht minder bedeutende Philosoph Benedetto Croce an leitender Stelle bei der Neugründung der traditionsreichen Partei. Einaudi wurde Staatspräsident: dies war von entscheidender Bedeutung, dass das italienische Wirtschaftswunder glückte.

## Grundsatzdebatte

Für das Verständnis der bis heute fortdauernden Liberalismus-Diskussion ist eine Grundsatzdebatte zwischen Einaudi und Croce nicht unwichtig, wo es darum ging, ob eine freiheitliche Ordnung in Staat, Kultur und Gesellschaft («Liberalismo») auch ohne Wirtschaftsfreiheit («Liberalismo») möglich sei. Intellektuell siegte Einaudi, doch in der politisch-kulturellen Öffentlichkeit hat sich die künstliche, ideenhistorisch wie empirisch nicht den Fakten standhaltende Unterscheidung Croces u. a. dank dessen zahlreiche Schlüsselpositionen an Universitäten, Zeitungen und Zeitschriften einnehmenden Schülern bis heute erhalten. Doch ist inzwischen auch in Italien ein Revisionsprozess eingeleitet worden: Einaudi erlebt eine positive Neubewertung. Croces Bedeutung wird relativiert bzw. objektiviert.

## La Malfa und Malagodi

Nachdem der Versuch, nach dem Krieg eine neue linksliberale Partei (den Partito d'azione) zu konsolidieren, gescheitert war, bauten Ugo La Malfa und weitere Gesinnungsgenossen die alte Republikanische Partei (PRI) wieder auf. Unter Führung des liberal-christdemokratischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi und dessen Nachfolger beteiligten sich PLI, PRI und Sara-

gats Sozialdemokraten (PSDI) an den jeweiligen Zentrumsregierungen, die das Land bis 1963 zum Blühen brachten.

La Malfa auf der republikanischen, Giovanni Malagodi (ab 1954) auf der liberalen Seite sollten ihre Parteien bis in die siebziger Jahre – und letztlich indirekt bis heute – bestimmend prägen. Beide Männer waren hervorragende Wirtschaftsfachleute und ausserordentlich integer.

Malagodi hatte gegenüber seinem Rivalen den Vorteil, dass er – mitunter kompromisslos – in ordnungspolitischen Kategorien dachte und auch persönlich eng mit Liberalen wie Wilhelm Röpke verbunden war. Die bis 1973 dauernde Ära des Europäers Malagodi, der eine sehr erfolgreiche Karriere bei der OECD und als Bankier zugunsten des Engagements für die Res publica aufgab, war von einer heute weltweit selten gewordenen engen Übereinstimmung zwischen politischem und ideellem Liberalismus geprägt. In der Integrität zwischen Denken und Handeln liegt denn auch die positive Seite – was auch für das kurze Interregnum seines Nachfolgers, des Agrarwissenschaftlers Agostino Bignardi gilt.

Malagodi war nur 1974 für kurze Zeit Wirtschaftsminister. In einem Land wie Grossbritannien wäre ein Mann seiner Qualitäten Premierminister geworden. Wohl aus einem Gefühl der Resignation heraus machte er 1975 überraschend mit den Repräsentanten der parteiinternen Opposition um Valerio Zanone und Renato Altissimo ein Bündnis, das zu einer neuen Positionierung «in der Mitte zwischen Christdemokraten und Kommunisten» (Zanone) und zum sozialliberalen Bündnis mit den Craxi-Sozialisten («Lib-Lab») führte.

## Talfahrt

Die Partei verlor schrittweise ihre Identität, was viele liberal gesinnte Wähler negativ vermerkten, zumal bekannte Repräsentanten des wirtschafts-

## Kongress in Luzern

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist die diesjährige Gastgeberpartei des Kongresses der Liberalen Internationalen.

Zeit- und ortsgleich zum Kongress der Liberalen Internationalen wird die Fraktion der FDP ihre vorschüssige Sitzung abhalten. Die FDP der Schweiz hat zudem die Mitglieder ihrer Ausschüsse «Staatspolitik» und «Aussenpolitik» eingeladen, am Kongress teilzunehmen. Der Beitrag für den zweitägigen Kongress beträgt Fr. 140.–. Interessierte Parteimitglieder melden sich auf dem FDP-Generalsekretariat in Bern, Tel. (031) 22 34 38. □

liberalen Flügels von der Parteizentrale in Rom von den Wahllisten gestrichen wurden. Die rasante Talfahrt von 4 bis 3,5 Prozent auf das historische Tief von 1,2 (1976) und heute gut 2 Prozent war die Folge. Zwar wurde der PLI Regierungspartei und stellt nun den Industrie- oder den Gesundheitsminister sowie einen Repräsentanten in einem anderen Ressort. Altissimo ist seither ein Bündnis mit seinem «rechten» Opponenten Egidio Sterpa eingegangen und verfolgt wieder programmatisch die alte Linie der Re-/Privatisierung sowie eines sparsamen Staats, wenn auch auf etwas doppelbödigere Weise (Übernahme von Machtpositionen durch vereinzelte PLI-Repräsentanten in der nationalisierten Industrie).

Der Preis der Linkswende war der Verlust an Glaubwürdigkeit, die personalpolitische Ausblutung sowie die verpasste Chance, von der jahrzehntelangen uneigennütigen Gegnerschaft zur Parteimisswirtschaft längerfristig zu profitieren. Dadurch ist die Lega Nord zum Hauptnutznießer geworden. Der PRI erlebte unter Führung von Giovanni Spadolini einen kurzen Aufschwung, der sich unter seinem Nachfolger Giorgio La Malfa ins Gegenteil kehrt. Der Verlust an echter liberaler Radikalität und Bürgernähe (Themen wie Steuerbelastung, Gesetzesinflation, Zentralismus – Föderalismus) hat seinen Preis! □

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Go-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 92 82 82

Wer sich dem ideellen Liberalismus zurechnet, weiss, welche unschätzbare Beiträge britische Denker und Staatsmänner des 17., 18. und 19. Jahrhunderts für die Freiheit der Individuen in aller Welt, nicht bloss für ihr Heimatland, geleistet haben. Melancholisch stimmt dann den Beobachter ein rascher Blick auf den heutigen organisierten Liberalismus.



Der Chef der Sozialdemokraten, David Owen, und der Liberale David Steel (von links) versuchen, sich in Grossbritannien als dritte Kraft zu etablieren. (Photo Keystone)

Andreas K. Winterberger

Besonders ausgeprägt in angelsächsischen Ländern lässt sich ein tiefer Bruch zwischen politischem und ideellem Liberalismus diagnostizieren. Wer kann heute noch ernsthaft bestreiten, dass die Politik der früheren nominell konservativen Premierministerin Margaret Thatcher den Traditionen der Old Whigs (Frühliberale) und der Radikalliberalen (Cobden, Bright) zuzurechnen ist? Mit ihrem Reformprogramm hat Thatcher die gemischtwirtschaftliche korporativistische Wirtschaft nicht bloss dereguliert und privatisiert – sie ist auch zum Trendsetter wirtschaftsliberaler Politik geworden. Ideelle Vorbilder waren neben liberalen Klassikern (Adam Smith, Alfred Marshall, Lord Acton) moderne Liberale wie Friedrich A. von Hayek oder Milton Friedman.

Mit ihren längst überfälligen Gewerkschaftsreformen räumte Thatcher mit unsinnigen und illiberalen Gesetzeswerken auf, die mehrheitlich von liberalen Regierungen um die Jahrhundertwende geschaffen worden waren. Diese waren mit der Rechtsgleichheit unvereinbar, stellten sie doch die Gewerkschaften über die Herrschaft des Rechts («Rule of Law»).

Auch aus einem schlechten Gewissen heraus (Verunmöglichung der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert) hatten sich die Liberalen die Stimmen der Arbeiterschaft weiterhin sichern wollen, die zunehmend zur von den Gewerkschaften gegründeten La-

bour Party oder – geringer – zur betont nationalistischen Konservativen Partei seit Disraeli überliefen. Tatsächlich verloren sie dadurch zugleich einen immer grösseren Teil des Mittelstands und des Unternehmertums.

### Fatale Allianz

Mit der Niederlage der Manchesterliberalen um Richard Cobden und John Bright sowie einiger katholischer Liberaler (Hilaire Belloc u. a.), die die Wirtschaft weiter liberalisierten, die Gesellschaft demokratisieren (Bildung) und eine anti-imperialistische Aussenpolitik verfolgen wollten, setzte sich auch bei den britischen Liberalen eine für Europa letztlich fatale Allianz zwischen Nationalisten, Moralkonservativen und den Wohlfahrtsstaat anvisierenden Sozialliberalen durch. Die Konsequenzen waren letztlich das Schlittern der europäischen Grossmächte in den Ersten Weltkrieg und damit die Machtergreifung von faschistischen und kommunistischen Regimes in Italien und Russland.

1924 erlitten die britischen Liberalen eine fast tödliche Niederlage: Sie wurden hinter der Labour Party zur drittstärksten Partei, obwohl sie (Gladstone, Asquith, Lloyd-George,

Beveridge, Keynes) zulasten einer klaren Ordnungspolitik den exzessiven Wohlfahrtsstaat propagiert hatten. Das konservative (Bismarck) bzw. sozialistisch-sozialdemokratische Original war offensichtlich überzeugender als die sozial-liberale Kopie.

Auf Grund des Mehrheitswahlrechts sind die Liberalen seither nur noch mit wenigen Sitzen im Unterhaus vertreten. Unter Jo Grimond, einem unzweifelhaft echten Liberalen, sowie unter den prinzipien- und oft richtungslosen Pragmatisten Jeremy Thorpe und David Steel erlebte die britische Traditionspartei nach Kriegsende zeitweise einen beachtlichen Aufschwung als dritte Kraft zwischen Labour und Tories. Die vor wenigen Jahren mit den Sozialdemokraten, einer Absplittierung von Parteirechten Labours, eingegangene Fusion hat die liberalen Konturen eher noch mehr verwischt: Paddy Ashdown, der heutige Chef der sich Liberaldemokraten nennenden Partei, hat den attraktivsten Programmpunkt aus der «Konkursmasse» des früheren Sozialdemokratenchefs David Owen, die bisher in Grossbritannien kaum bekannte Idee der sozialen Marktwirtschaft, nicht aufgegriffen. Dafür tat

dies ein Rivale Ashdowns recht flink: John Major, der jetzige konservative Premierminister.

### Enger Spielraum

Die Stunde der Liberaldemokraten könnte dann schlagen, wenn nach den nächsten Parlamentswahlen keine ausreichende Mehrheit vorhanden ist und Labour oder die Tories bereit sind, das Wahlrecht nach dem Proporzprinzip abzuändern. Zumindest vorübergehend könnten die Liberaldemokraten zum Zünglein an der Waage werden.

Doch braucht man kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass das britische Parteiensystem danach mittel- bis langfristig um Absplittierungen zur Linken und zur Rechten von Tories und Labour bereichert würde, was den Spielraum einer sich als «dritte Kraft» verstehenden Gruppierung rasch massiv reduzieren dürfte. Grössere Chancen wären dann schon mittel- bis längerfristig eher den Libertären (antietatistische Radikalliberalen) und den Grünen (Ecologist Party) zuzubilligen, zumal sie sich von klaren und zukunftsweisenden Prinzipien leiten lassen. □

Mehr zum Thema Seite 9 und 15.

*WIEVIEL ZEIT*

*WIDMEN SIE*

*IHREM VERMÖGEN?*

BANK VONTOBEL  
Zürich

Die Spezialisten für Vermögensverwaltung und Wertschriftenhandel. Bank J. Vontobel & Co. AG, Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich, Tel. 01-283 7111. Weitere Unternehmen der Vontobel-Gruppe: Vontobel USA Inc., New York; Vontobel Asset Management AG, Zürich; Vontobel EC Consulting Holding AG, Zürich, Düsseldorf, Mailand, London, Brüssel.



# Liberaler Inhalte oder bloss Zünglein an der Waage?

**Die Freie Demokratische Partei kann in Deutschland nicht auf eine derart lange Tradition zurückblicken wie ihre italienischen und britischen Schwesterparteien. Dass der organisierte Liberalismus in Deutschland auf Ambivalenz gestossen ist, liegt in der Geschichte des Landes begründet.**

Andreas  
K. Winterberger

Wäre die liberale Revolution von 1848 reüssiert, hätten die Deutschen mit Sicherheit eine glücklichere Zukunft ohne preussische Dominanz erlebt: Das Land wäre auf föderalistische Weise zusammengewachsen, und der legendäre Untertanen(un)geist wäre von den «Freisinnigen», wie sich auch in deutschen Ländern die fortschrittlichen Liberalen nannten, in die Schranken gewiesen worden. Die reaktionäre Restauration schwächte den ganzheitlichen Liberalismus und brachte eine rechtschauvinistische Spielart zum Blühen, die nur dem Namen nach («Nationalliberalismus») noch etwas mit dem authentischen Liberalismus gemeinsam hat.

Die Nationalliberalen wurden die Verbündeten der protestantisch geprägten rechtskonservativen Deutschnationalen. Erst mit Gustav Stresemann machten sie nach dem Ersten Weltkrieg eine – vorübergehende – Wende zur uneingeschränkten Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie. Sie näherten sich dem westlichen Europa und dessen Traditionen.

Von ähnlichem chauvinistischem Ungeist waren die sich um die Jahrhundertwende um Friedrich Naumann in intellektuellen Zirkeln formierenden Sozialliberalen geprägt; sie nannten sich gar «nationale Sozialisten».

## Freisinnige

Daneben gab es weiterhin die Freisinnigen, die sich in der Weimarer Republik um die Deutsche Demokratische Partei (die spätere Staatspartei) gruppierten. Deren einzige

zwei Abgeordnete im letzten frei gewählten Reichstag, Theodor Heuss und Reinhold Maier, stammten aus Deutschlands Südwesten; beide sollten nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Gründern der Freien Demokratischen Partei (FDP) figurieren und führende Ämter (Bundespräsident; Ministerpräsident Baden-Württembergs) einnehmen.

Einig war man sich darin, dass fortschrittliche Liberale und Nationalliberale nunmehr eine gemeinsame Partei bilden sollten. Nach dem Krieg war die FDP zuerst die einzige Partei, die uneingeschränkt die

Marktwirtschaft befürwortete: CDU («Ahlemer Programm»), CSU und SPD engagierten sich offen für eine sozialistische Staatswirtschaft. Ludwig Erhard und Franz Böhm, die beide dem Widerstandskreis Goerdeler angehört hatten, tendierten neigungsmässig eher zu einem Beitritt zur FDP. Beide erkannten aber als Realpolitiker, dass diese kaum Chancen hatte, zur stärksten bürgerlichen Partei aufzusteigen, weshalb sie sich zum Beitritt zur CDU entschieden, um mit Konrad Adenauer die Union gegenüber der Marktwirtschaft zu öffnen.

Es ergab sich fortan eine enge Zusammenarbeit zwischen dem bis Ende der sechziger Jahre starken und einflussreichen liberalen CDU-Flügel und der FDP, die erst 1966 durch den Entschluss des damaligen FDP-Vorsitzenden Erich Mende, die Koalition mit

Kanzler Erhard zu verlassen, in Brüche ging.

## Bruch

Der Grossen Koalition unter Kanzler Kiesinger folgte 1969 die Bildung der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel. Diese war auch eine Reaktion der FDP auf die zeitweise eher demütigende Behandlung durch den grossen Koalitionspartner. Auch bestand ein Reformbedarf namentlich im gesellschaftspolitischen Bereich (Fristenlösung, Scheidung, Rechte der Frau usw.), der vom christlichen und konservativen Flügel der Union stets abgeblockt worden war. Zudem war der ordnungspolitische liberale Flügel in der FDP im Laufe der Zeit wie jener in der Union schwächer geworden.

Da die sozialliberale Koalition aber darüber hinaus in der

Fortsetzung auf Seite 15

## Wer ist die Liberale Internationale?

Die Liberale Internationale (LI), die am 6. und 7. September in Luzern ihren Jahreskongress abhält, zählt heute 55 liberale Parteien und politische Gruppierungen aus Europa, Afrika, Amerika und Asien zu ihren Mitgliedern, wovon zwanzig an den Regierungen ihrer Länder beteiligt sind. Damit ist die LI in den letzten Jahren zu vergleichbarer Grösse mit den beiden anderen internationalen Parteienfamilien – der Sozialistischen Internationale und der Internationalen Union der Christlichdemokraten – angewachsen. Aus der Schweiz gehören ihr als Mitglieder sowohl die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) wie die Liberalen (LPS) an.

Die Liberale Internationale – zu deutsch auch: Liberale Weltunion – wurde 1947 in Oxford als Zusammenschluss einiger Parteien des europä-

schen Liberalismus gegründet. Erster LI-Präsident war der spanische Staatsmann und Philosoph Salvador de Madariaga, einer der führenden Exponenten der Opposition gegen das Franco-Regime. Bis in die sechziger Jahre hinein blieb die LI stark europazentriert. Erst dann wurden die Kontakte mit den kanadischen Liberalen und den Demokraten der USA verstärkt. Von 1958 bis 1966 und von 1982 bis 1989 prägte der grosse, unlängst verstorbene Italiener Giovanni Malagodi als Präsident die Liberale Weltunion. An der Weiterentwicklung der programmatischen Grundlage der LI, der Deklaration von Oxford von 1947 – Deklaration von Oxford 1967 und Liberales Manifest von Rom 1981 –, war er massgeblich beteiligt.

In den achtziger Jahren wurden die Kontakte mit lateinamerikanischen Libera-

lismus verstärkt, dessen verschüttete Traditionen aufzubrechen begannen. Unter dem früheren spanischen Ministerpräsidenten Adolfo Suarez zählte die LI liberale Mitgliederparteien in Nicaragua, Panama, Paraguay, Brasilien, Honduras, Guatemala und der Dominikanischen Republik. Seit 1989 wächst das Interesse am Liberalismus in Zentral- und Osteuropa. Die estnischen Liberalen sind bereits LI-Mitglied, Liberale aus Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn sowie aus Slowenien, und Kroatien geniessen in Luzern Beobachterstatus.

Die Liberale Internationale wird zurzeit vom deutschen FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff präsidiert. Er bildet mit dem vormaligen Präsidenten Suarez und dem früheren britischen Parteichef David Steef die LI-Führungstrio.

Gottlieb F. Höpli

Bis Ende September 1991 läuft das Vernehmlassungsverfahren zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zu den Volksinitiativen «zur Verminderung der Tabakprobleme» und «zur Verminderung der Alkoholprobleme». Durch Änderungen des Lebensmittel- und des Alkoholgesetzes soll der Inhalt der Zwillingsinitiativen weitgehend übernommen werden. Es gibt zwölf Gründe, warum dieser Vorstoss vehement bekämpft werden muss.



Die Zwillingsinitiative will Werbung für Tabakwaren und alkoholische Getränke verbieten. Das Verbot soll dem Konsum gelten. Auf diesen aber haben Werbevorschriften keinen Einfluss. (Photo Keystone)

# Werbeverbote als Triumph der Irrationalität

Jost Wirz

## Werbeverbote und Werbebeschränkungen bewirken keine Reduktion des Konsums.

Es hat sich noch und noch gezeigt, dass Werbebeschränkungen, ja selbst Werbeverbote, völlig untaugliche Mittel zur Verringerung der Tabak- und Alkoholprobleme sind. So paradox es klingt: Die Absenz von Werbung beeinflusst den Gesamtkonsum von alkoholischen Getränken und Tabakprodukten in keiner Weise. (Deshalb ist das Verbot von Werbung für alkoholische Getränke in den elektronischen Medien der Schweiz eine reine Alibiübung. Deshalb war auch die seinerzeitige Aufnahme des Art. 42 b ins AlKG ein Schlag ins Wasser.) Warum?

Viele Märkte, so zum Beispiel der Zigaretten-, der Wein-, der Bier- oder der Spirituosen-, aber auch der Milch-, Kaffee-, der Brot- und der Eiermarkt sind – wie die Fachleute sagen – gesättigt. Aus Gründen, die hier nicht zu debattieren sind. Ist eine Art Plafond erreicht, und der Pro-Kopf-Konsum stagniert, ungeachtet der gesamten Werbeinvestitionen der Branche. (Siehe Abb. 1: Angaben aus Deutschland.)

In solchen Märkten ist die Werbung ausschliesslich ein Instrument des Wettbewerbs. Das heisst: die einzelnen Anbieter versuchen, mittels Werbung, ihren Marktanteil zu lasten der Mitbewerber zu erhöhen.

Es erstaunt deshalb nicht, dass noch in keinem Land, in dem partielle oder umfassende Werbeverbote eingeführt worden sind, der Verbrauch gesenkt werden konnte. Die ausländische Erfahrung lehrt lediglich, dass am ehesten drastische Preiserhöhungen Wirkung zeigen – allerdings nur vorübergehend. Im übrigen wird ja auch geraucht und getrunken in Ländern und Gegenden, wo es nie Werbung für Raucherwaren und Alkoholika gab, in ehemaligen Ostblockstaaten, in der Sowjetunion oder China, bei Urvölkern vor Tausenden von Jahren oder heute noch in unberührten Gebieten in Afrika, Asien und Südamerika. Werbeverbote basieren auf einem kardinalen Irrtum. Sie werden wider besseres Wissen erlassen.

## Werbung hat keinen Einfluss auf das Konsumverhalten Jugendlicher.

Warum beginnen einzelne (meist junge) Menschen mit Rauchen und Trinken, während andere «abstinent» bleiben?

Dieses Phänomen ist glücklicherweise gut erforscht, so dass schlüssige Antworten möglich sind. (Siehe Literaturhinweise im Anhang.) Beispielsweise kann ein junger Mensch zum Zigarettenraucher «prädisponiert» erklärt werden, falls folgende Faktoren analysiert werden:

- Raucherverhalten im Elternhaus,
- Raucherverhalten im Freundeskreis,
- Raucherverhalten am Arbeitsplatz
- Hobbies: Sportler oder Discotryp?
- Vorbilder aus der Welt des Fernsehens, des Films, des Sports, der Musik und des Showbusiness,
- Psychogramm (psychische Struktur),
- Erbgut (es gibt gute Gründe anzunehmen, dass Suchtver-

halten erblich und nicht allein psycho-sozial erklärt werden kann).

Der Einfluss der Werbung auf «Einsteiger» darf mit Null gleichgesetzt werden.

Es ist kein Zufall, dass selbst im Fragespiel «Neige ich zum Rauchertyp?» im «P.-S.-Magazin» des Bundesamts für Gesundheitswesen (das ein Pamphlet gegen das Rauchen ist) die Werbung mit keinem Wort erwähnt wird.

## Werbeverbote fügen dem schweizerischen Mediensystem grossen Schaden zu.

Bei einer allfälligen Annahme des indirekten Gegenvorschlages würden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens wohl rund 100 Millionen Franken an Werbeaufträgen bei den Medien wegfallen, bei einer Gutheissung der Zwillingsinitiativen weit über 150 Millionen Franken. (Siehe Abb. 2.)

Es ist leicht erkennbar, dass einzelne Zeitungen und Zeitschriften sowie zahlreiche Kinos einen solchen Ausfall an Einnahmen nicht überleben würden. (Siehe Abb. 3.) In den Verlagen müssten Arbeitsplätze abgebaut werden, ebenso bei den Werbeagenturen. Die Verarmung der Presse- und Kinolandschaft wäre eine Tatsache.

## Die Zulassung von Sponsoring mit den Firmennamen (nicht aber mit dem Produktnamen!) hat komplizierte Interpretationsprobleme zur Folge und schafft Ungerechtigkeiten.

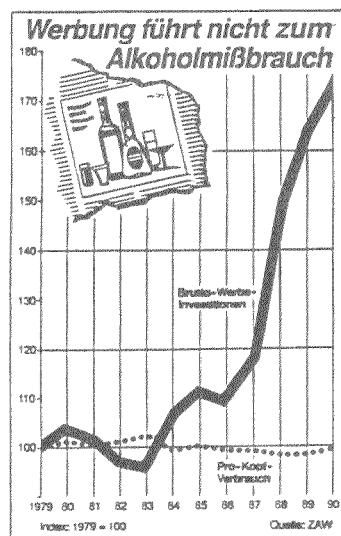
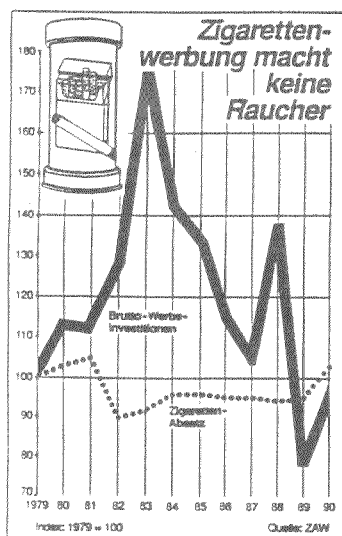


Abb. 1: Höhere Werbeinvestitionen steigern den Verbrauch nicht.

**Abb. 2: Anteil der Einnahmen von Werbung für Tabakwaren, Spirituosen, Sekt, Bier und Wein**

Zeitungen .....	Fr. 49 Mio. ( 4%) *
Zeitschriften .....	Fr. 37 Mio. ( 8%)
Fachzeitschriften .....	Fr. 6 Mio. ( 3%)
Kino .....	Fr. 8 Mio. (38%)
Aussenwerbung .....	Fr. 35 Mio. (22%)
	<b>Fr. 135 Mio. ( 6%)**</b>

\* Anteil pro Medienkategorie, d. h. 4% der gesamten Werbeeinnahmen stammen bei den Zeitungen von Tabakwaren, Spirituosen, Sekt, Bier und Wein

\*\* hochgerechnete Gesamt-Werbeausgaben 1991 in Zeitungen, Zeitschriften, Fachzeitschriften, Kino, Aussenwerbung: Fr. 2.25 Mia. (vgl. Fr. 5.5 Mia. der offiziellen Schweizer Werbestatistik)

Firmen wie Philip Morris, Rémy Martin, Feldschlösschen und Hürlimann, welche Produkte unter ihrem Firmennamen verkaufen, wären gegenüber Unternehmen wie Burrus, BAT, Seagrams und Sibra extrem verteilt.

Im übrigen ist die Unterscheidung in Sponsoring unter Firmen- oder unter Produktnamen eine realitätsfremde Haarspalterei, die in der Praxis zu endlosen Unsicherheiten führen müsste.

**Jede Einschränkung des Sponsoring bringt Probleme für Organisatoren von kulturellen und sportlichen Veranstaltungen mit sich.**

Alein die Tabakkonzerne unterstützen kulturelle Ereignisse mit 15 Millionen Franken pro Jahr. Das Sportsponsoring durch Firmen der Tabak- und Alkoholbranche beläuft sich auf mindestens 25 Millionen Franken pro Jahr.

**Werbeeinschränkungen sind nicht europaverträglich.**

Auch wenn der Bundesrat das Gegenteil behauptet: Die ins

Auge gefassten Massnahmen sind überhaupt nicht europatauglich. Nehmen wir das Tabakwerbeverbot. Obwohl die EG-Kommission den entsprechenden Richtlinienvorschlag vorgelegt hat, denkt der Ministerrat nicht daran, ihn anzunehmen. Grossbritannien, Deutschland, Holland und Dänemark haben erkannt, dass es kein Zufall ist, wenn just jene EG-Länder ein totales Werbeverbot für Tabakprodukte kennen, in denen staatliche Tabakmonopole existieren (Italien, Portugal, Spanien, Griechenland und Frankreich). Hier geht es einzig um den Schutz der einheimischen Zigarettenproduktion gegen die internationalen Konzerne. Knallharte Interessenpolitik und reiner Protektionismus unter dem Deckmantel von Krankheitsverhütung! (Gleichzeitig wird in der EG der Tabakanbau mit 1,3 Milliarden Ecu subventioniert. Dieser Betrag ist viermal höher als die gesamten Werbeausgaben innerhalb der EG für Tabakprodukte!)

**Nationale Werbebeschränkungen benachteiligen die schweizerischen Hersteller auf**

**Abb. 3: Anteil der Einnahmen von Werbung für Tabakwaren, Spirituosen, Sekt, Bier und Wein: Konkrete Beispiele**

<b>Zeitungen</b>	
Zürichsee-Zeitung .....	1%
NZZ .....	3%
Tages-Anzeiger .....	4%
La Suisse .....	5%
Sonntags-Zeitung .....	6%
Blick .....	10%
Sonntags-Blick .....	16%
<b>Zeitschriften</b>	
Beobachter .....	9%
Das Magazin .....	16%
L'Hebdo .....	17%
Schweizer Illustrierte .....	18%
Illustré .....	20%

**extreme Weise – weil die Schweiz keine Insel ist.**

Die Auswirkungen sind am Beispiel Deutschland einfach darzustellen:

● Deutschland wird auch in Zukunft eine liberale Wettbewerbsordnung kennen mit viel Werbefreiheit.

● Deutsche Medien (vor allem Zeitschriften und Fernsehprogramme) werden in noch vermehrtem Ausmass in der Schweiz konsumiert werden. (Der Overflow zwischen Deutschland und dem deutschen Schweiz im Medienbereich ist sehr gross und stellt in der Höhe einen europäischen Sonderfall dar.)

● Alle diese Medien enthalten Werbung für Tabak- und Alkoholprodukte international tätiger Firmen. Diese dürfen also in der Schweiz – via einstreuende Medien – auch in den kommenden Jahren ungehindert werben.

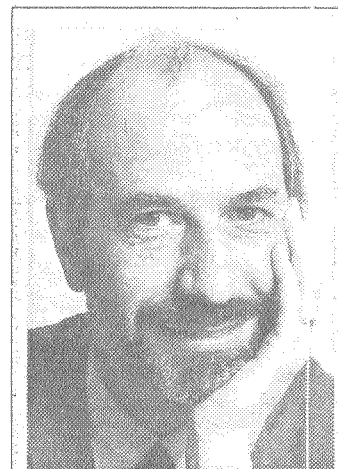
● Anders die rein schweizerischen Unternehmen: Der Zigarettenherstellerin Burrus beispielsweise wäre es verunmöglich, in ihrem wichtigsten Markt zu werben, während alle ihre starken Konkurrenten via ausländische Medien hier präsent sein dürften.

● Der Ausweg über ausländische Medien, z. B. deutsche, wäre für Burrus, deren Marken in Deutschland nicht vorhanden sind, unbezahlbar. Wer kauft schon eine Fahrkarte von Hamburg bis Chiasso, wenn er eigentlich bloss von Basel nach Göschenen reisen will?

Kurz: nur wenn der Bundesrat gleichzeitig eine totale Medienzensur einführen würde, wäre ein Werbeverbot theoretisch durchsetzbar.

**Der seit 1983 bestehende Artikel 42 b des Alkoholvertrags erweist sich als wirkungslos.**

Vor ein paar Jahren wurde unter dem Deckmantel der Volksgesundheit das Alkoholvertragsgesetz verschärft. Es erlaubt für Spirituosen nur noch Werbung, die sich unmittelbar auf das Produkt und seine Eigenschaften bezieht – was immer das heisst. Ehrlicherweise müsste der Bundesrat heute zugeben, dass diese dubiose Beschränkung der Werbefreiheit nichts, aber auch gar nichts von der damals erhoff-



**Josef Wirz**

geboren am 25. Oktober 1941. Nach Maturität an der Kantonsschule Zürich Tätigkeit in führenden Werbeagenturen in Paris, London und New York. Studium an der Northwestern University Kellogg Graduate School of Management, Evanston und Chicago: 1967 Master's Degree of Business Administration (MBA).

1967 bis 1970 Beratungsgruppenleiter bei der Wirz Werbeagentur AG, Zürich.

1970 bis 1974 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, seit 1975 Präsident des Verwaltungsrates.

Seit 1983 Präsident des Verwaltungsrates der Wirz Partner Holding AG.

Überdies: Mitglied der Verwaltungsräte der Publitest AG, Berater für Markt- und Meinungsforschung, der Wirz Public Relations AG, der Wirz Unternehmensberatung AG sowie der Wirz Brügger Lütli Direkt AG, alle in Zürich.

Präsident des BSW (Bund Schweizer Werbeagenturen) sowie Mitglied des Präsidiums des Verbandes der Schweizer Werbewirtschaft SW.

Mitglied der FDP-Studien-gruppe «Medienpolitik».

ten Wirkung gebracht hat – ausser einer unnötigen Bürokratie und Arbeitsbeschaffung bei der Alkoholverwaltung.

**Werbeverbote bremsen Produktverbesserungen: Beispiel Zigaretten.**

Es hat sich gezeigt, dass in all jenen Märkten, in denen die

Tabakwerbung eingeschränkt oder verboten ist, in denen der Wettbewerb zwischen den staatlichen Monopolprodukten und den internationalen Marken also behindert wird, dass in diesen Märkten die Produktinnovationen ausbleiben. Ergo: die Einführung neuerer, leichter Produkte mit weniger Schadstoffen hinkt weit zurück. Nachzusehen in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal; festzustellen in den ehemaligen Ostblockstaaten und in der Sowjetunion. Die Unterschiede sind drastisch; Filterzigaretten haben Seltenheitswert: Anteil in der UdSSR 30%, in der Schweiz 95% (1982); Grösse des Marktsegments mit niedrigem Kondensatgehalt: Italien 20%, BRD 88% (1982).

### Werbebeschränkungen torpedieren Selbstregulierungsrichtlinien.

In der Schweiz wie in zahlreichen westlichen Ländern sind freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen weit verbreitet. Die Konvention der schweizerischen Zigarettenhersteller ist ein gutes Beispiel dafür. Oft werden solche Branchenrichtlinien auch mit den Regierungen einzelner Länder abgesprochen (Grossbritannien).

Rigorose Verbote sind aber der Tod von Selbstregulierungsbestrebungen. Und mit dem Unterlaufen der Freiwilligkeit wird ein weiterer Baustein einer liberalen Ordnung zerstört und ersetzt durch eine etatistische Massnahme und entmündigenden Dirigismus.

### Ein allfälliger Vollzug der neuen Bestimmungen scheint unmöglich.

Die Durchsetzung des Lebensmittelrechts würde – wie bisher – Sache der Kantone sein, welche die Kantonschemiker (!) für diese Aufgabe einsetzen wollen. Kommentar überflüssig.

(Bestimmt wurden auch Umgehungsmöglichkeiten gesucht – und gefunden.)

### Der Vorschlag verstösst gegen die Handels- und Gewerbefreiheit und schränkt die kommerzielle Meinungsäusserungsfreiheit massiv ein.

Kann der Bundesrat mit gutem Gewissen Werbung für Produkte verbieten, die völlig legal hergestellt (der Anbau von Tabak wird vom Bund sogar subventioniert!), legal verkauft, legal gekauft und legal konsumiert werden dürfen?

Werbeeinschränkungen treffen den Sack (Werbung), obwohl sie dem Esel (Konsum) gelten. Sie sind also unehrliche Eingriffe. Und weil sie in keiner Weise bewirken, was sie vorgeben zu erreichen, stellen sie eine grobe intellektuelle Unredlichkeit dar. Der Begriff Mogelpackung ist angebracht, denn in den Unterlagen des Bundesrates findet sich kein einziger Ansatz einer Beweisführung für die Tauglichkeit des Vorhabens. □

### Literaturhinweise

International Journal of Advertising. The Quarterly Review of Marketing Communications. Special Report «the Impact of Tobacco Advertising» (1990).

«Werbung und Tabakkonsum». Gutachten zuhanden des Bundesamtes für Gesundheitswesen von Prof. Dr. Robert E. Leu, Universität Bern. lic. oec. Danilo Bernasconi, Hochschule St. Gallen, lic. oec. Thomas Giesefeld, Hochschule St. Gallen (Ende Mai 1990).

Das Suchtbuch für die Arbeitswelt, Ursachen, Folgen, Massnahmen. IG-Metall, Schriftenreihe Band 126, Frankfurt a. M. 1991.

Die Trendanalyse über «Die Entwicklung der Drogenaffinität Jugendlicher 1990» der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, durchgeführt vom Institut für Jugendforschung (München).

Der 8. Jugendbericht der Bundesregierung von 1990 (Drucksache 11/6576, S. 15).

«Why children start smoking», Studie des Office of Population Censuses and Surveys (OPCS) im Auftrag der britischen Regierung/Gesundheitsministerium.

Studie über Rauchmotivation Jugendlicher von Child's Research Unit (Londoner Marktforschungsunternehmen) in 16 Ländern der fünf Kontinente, veröffentlicht 1990.

## Veranstaltungen

# Das Wohnungsproblem – die FDP zeigt Lösungen

a.o. Delegiertenversammlung vom Samstag, 24. August 1991, 9.30 Uhr in Solothurn, Landhaus, Landhausquai 23

### Programm

- 9.00 Uhr Kaffee
- 9.30 Uhr **Eröffnung durch den Parteipräsidenten**  
*Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen*
- 9.40 Uhr **Das Wohnungsproblem – die FDP zeigt Leistungen und Lösungen**  
*Nationalrat Urs Scheidegger, Solothurn*
- 10.00 Uhr **Massnahmen des Bundes im Wohnungsbau**  
*Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher EVD*
- 10.30 Uhr Plenumsdiskussion: Wohnungs- und Bauproblematik – weitere Schritte

### ■ Warum gehen die Investitionen im Wohnungsbau zurück?

*FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry, Horgen ZH*

### ■ Wie können die Bauzonen besser genutzt werden?

*Christian Gabathuler, Raumplaner, Zürich*

### ■ Welches sind die Gründe für steigende Hypothekenzinsen, und was ist zu tun?

*FDP-Nationalrat Adriano Cavadini, Lugano*

### ■ Wie kann preisgünstiger gebaut werden?

*FDP-Nationalrat Duri Bezzola, Scuol*

- 12.00 Uhr **Startschuss zum Wahlkampf**  
mit einer historischen Kanone, Kaliber 7,5 cm

- 12.15 Uhr Lunch  
Über Mittag: Erarbeitung des freisinnigen Aktionsprogramms durch Mitglieder der Arbeitsgruppe Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung auf Grund der Diskussion am Vormittag

- 14.00 Uhr **Freisinniges Aktionsprogramm zum Wohneigentum**

Präsentation durch *Nationalrat Urs Scheidegger*, Präsident der Arbeitsgruppe Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung

Diskussion im Plenum und Verabschiedung

- 15.00 Uhr **Gründung der liberalen Baugenossenschaft Solothurn**

durch *Dr. A. Wili*, Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften, und mit *Nationalratspräsident Ulrich Bremi*

### Schlusswort des Präsidenten

- 15.30 Uhr **Schluss der Versammlung**  
Anschliessend geselliger Anlass mit der FdP des Kantons Solothurn nach spezieller Ankündigung

Zu dieser Veranstaltung sind alle Parteimitglieder eingeladen!

# Noch einmal: Liberale Frauenpolitik

Über die Tagung der FDP-Frauen vom vergangenen Mai in Thun ist in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift bereits ein Bericht erschienen. Es gibt Gründe dafür, es nicht dabei bewenden zu lassen.

**Alice Moneda**

1991 ist nicht nur das Jahr des 700. Geburtstages der Eidgenossenschaft, sondern auch das Jubiläumsjahr für zwanzig Jahre Frauenstimmrecht und zehn Jahre Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung. Und es ist ein Wahljahr. Ausserdem leben wir in einer Zeit des Umbruchs und der Neubesinnung. Der Gründe genug also, um Bilanz zu ziehen und nachzudenken über die Stellung und die Zukunft der Frauen innerhalb der

Gesamtpolitik und damit der Partei.

Dabei müsste zuerst zur Kenntnis genommen werden, dass sich auch die Frauen im Aufbruch befinden, dass sie sich in den letzten Jahren verändert haben, dass bisherige Vorstellungen nicht mehr stimmen. Dies gilt ganz besonders auch für die FDP-Frauen, die selbstbewusster und kämpferischer geworden sind.

Zu viele Parteiverantwortliche aller Ebenen hängen aber noch

an den alten Bildern und vertreten Meinungen, die nicht nur der Realität nicht entsprechen, sondern dem Image der Partei schaden, das in der Frauenpolitik ohnehin nicht besonders gut ist. Dazu hat die Tagung in Thun Grundlagen erarbeitet, die in die Arbeit einbezogen werden müssen.

## Veränderungen

Vier Problemkreise standen dabei im Vordergrund: Gesellschaft und Familie, Bildung, Arbeitswelt, soziale Sicherheit und Gesundheit. An und für sich konventionelle und oft diskutierte Themen. Schon die einführenden Referate machten aber deutlich, dass die Sprache eine andere geworden ist, dass die Probleme von einer anderen Seite angegan-

gen werden müssen, will man die tiefgreifenden Veränderungen und Entwicklungen der vergangenen Jahre umsetzen.

Besonders eindrücklich wurde dies von Prof. Kurt Lüscher von der Universität Konstanz aufgezeigt. Er stellte fest, dass die Frauenforschung die Wissenschaft überhaupt verändert hat, dass die Emanzipation der Frau als historische Entwicklung soziale Veränderungen in Gang gesetzt hat, die nicht rückgängig gemacht werden können. Sie durchdringen alle Lebensbereiche und Schichten und werden zur Kulturrevolution. Die politische Konsequenz wäre seiner Meinung nach, geschlechtsspezifische Identitäten und Perspektiven nicht zu überwinden, sondern

Fortsetzung auf Seite 15

## Braucht es noch Frauenorganisationen?

**Interview:**  
**Anna-Marie Kappeler**

**Franziska Frey-Wettstein, Sie haben neu das Präsidium der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) übernommen. Eine grundsätzliche Frage: Warum glauben Sie, dass es in der Politik Frauenorganisationen noch immer braucht?**

Franziska Frey-Wettstein: «Solange wir Frauen in allen Gremien der Politik untervertreten sind, brauchen wir spezielle Unterstützung. Am besten finden wir diese in den eigenen Kreisen. Viele Frauen haben noch immer nicht den Mut, sich um politische Ämter zu bewerben. Frauenorganisationen können fördern und Mut machen. Viele politische Fragen gehen auch speziell Frauen an. Als Organisation können wir uns beispielsweise bei Vernehmlassungen äussern und damit unsere Standpunkte einbringen.»

**In welcher Beziehung steht die SVFF zur Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP)?**

Franziska Frey-Wettstein: «Wir wollen uns nicht von der FDP absondern, aber wir bilden eine notwendige Ergänzung. Angesichts der erwähnten Tatsache, dass die Frauen in der Politik noch immer untervertreten sind, braucht es uns noch. Vielleicht kommt einmal der Zeitpunkt, an dem eine spezielle politische Frauenorganisation nicht mehr nötig ist.»

**Auf nationaler Ebene sind von total 65 freisinnigen Parlamentariern nur 6 Frauen. Hat die FDP Frauenförderung, Frauenpolitik, Frauenthemen vernachlässigt? Wenn ja: wie erklären Sie sich das?**

Franziska Frey-Wettstein: «Die bürgerlichen Frauen tun sich grundsätzlich schwerer mit der Politik als etwa die SP-Frauen. Frauen aus sozial-

demokratischen Kreisen mussten stärker für ihre Rechte kämpfen. Die freisinnigen Männer konnten besser für ihre Frauen sorgen. Bürgerlichen Frauen fehlte oft die Notwendigkeit, sich für eigene Rechte einzusetzen, den Männern daher oft das Verständnis für Frauenthemen. Allgemein hat die Emanzipation bei den bürgerlichen Frauen später eingesetzt.»

**Welche Schwerpunkte wollen Sie als Präsidentin der SVFF setzen?**

Franziska Frey-Wettstein: «Wir sind dabei, unsere Schwerpunkte intern zu erarbeiten. Ende Jahr können wir uns darüber äussern. Anfang 1992 diskutieren wir unser Programm dann an einer Präsidentinnenkonferenz.»

**Für die FDP sind auch Wirtschaftsfragen, Wirtschaftspolitik zentrale Themen. Den Frauen wird auf diesem Gebiet noch immer wenig zugehört. Wird sich die SVFF auch mit wirt-**



Franziska Frey-Wettstein: «Solange wir Frauen in allen Gremien der Politik untervertreten sind, brauchen wir spezielle Unterstützung.»

**schaftspolitischen Fragen befassen?**

Franziska Frey-Wettstein: «Wir wollen auch Wirtschaftsfragen aufgreifen und als Frauen auf diesem Gebiet vermehrt aktiv werden. Frauen sind sehr wohl auch in Wirtschaftsfragen kompetent, weil sie täglich damit zu tun haben. Durch ihr Studium oder durch ihre Berufserfahrung finden Frauen den Zugang heute leichter auch zu Wirtschaftsfragen.» □

# Staumauern verhindern Überschwemmungen.



Lac de Dix mit Staumauer «Grande Dixence»: grosses Rückhaltevermögen.

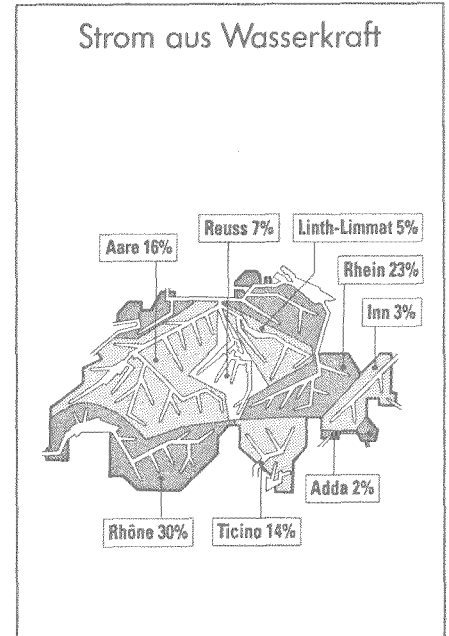
Stauseen speichern in erster Linie sommerliches Schmelz- und Regenwasser für die Winterstromproduktion. Bei ausserordentlichen Regenfällen sind sie auch wichtige Auffangbecken und verhindern oder mildern Überschwemmungen in den Alpentälern. Die amtlichen Berichte über die «Ursachenanalyse der Hochwasser von 1987»<sup>\*</sup> zeigen klar, dass das Rückhaltevermögen der Stauseen in den Alpen entscheidend zur Verminderung der Schäden beigetragen hat.

## WILLKOMMENER STAUARAUM

Ohne die Stauseen Lucendro (TI) und Göschenen Alp (UR) hätte 1987 der N-2-Autobahnviadukt in Wassen wohl kaum standgehalten. Ebenso verhinderten damals die Stauseen im Bergell und im Valsertal, aber auch im Grimselgebiet und im Wallis grössere Schäden in den tieferliegenden Tälern.

## EIN DRITTEL UNSERES STROMS AUS STAUSEEN

Dank unserer Alpen können wir in der Schweiz



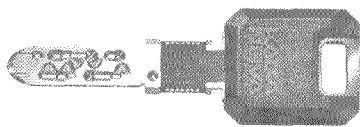
Wasserkraftanteil nach Flussgebieten.

fast ein Drittel unseres Stroms mit Speicherkraftwerken decken. Rund ein Viertel liefern die Flusskraftwerke. Damit versorgt uns unser einziger einheimischer Energierohstoff zu fast 60% mit erneuerbarer Energie.

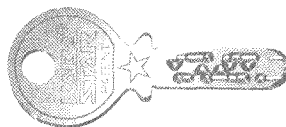
<sup>\*</sup> zu beziehen bei Eidg. Drucksachen- und Material-Zentrale, 3000 Bern, Nr. 804.305d (Schlussbericht) und 804.304 (Ergebnisse der Untersuchungen).

**EIN DISKUSSIONSBEITRAG IHRER SCHWEIZERISCHEN ELEKTRIZITÄTWERKE.**

# Verlieren heisst nicht verloren.



**KABA NOVA:** Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



**KABA STAR-Vario:** Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:  
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 61 11, Fax 01/931 63 85

**KABA®**

## Impressum

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

### Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachenzeitungen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-

## Fortsetzung von Seite 13

sie zur Sprache zu bringen, zu hinterfragen und zu entwickeln.

Auch die weiteren Referentinnen, die Betriebspsychologin Anita Calonder Gerster und die Genfer Grossrätin Françoise Saudan, wiesen auf die gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf Bildung, Berufsplanung, Politik und Gesellschaft hin.

## Gruppenarbeit

Damit war für die Arbeit in den Gruppen die «Munition» gegeben. Zusätzlich lagen Thesen vor, die genügend Diskussionsstoff bargen. Die Gruppengespräche verliefen denn auch engagiert und offen. Die vorbereiteten Thesen wurden zum Teil verstärkt.

So betonte die Arbeitsgruppe Gesellschaft/Familie die Eigen- und Mitverantwortung als Grundlage für eine echte Partnerschaft und die Notwendigkeit der Anpassung der Rahmenbedingungen. In der Gruppe Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen wurde insbesondere hervorgehoben, dass unsere Einrichtungen die sozialen und demographischen Entwicklungen unberücksichtigt lassen. Klar hervorgehoben wurden die Forderungen nach einer 10. AHV-Revision, die die zivilstandsunabhängige Versicherung möglich macht und die moderne Frauenbiographie berücksichtigt. In bezug auf das Krankenversicherungsgesetz wurde Prämienungleichheit für Männer und Frauen verlangt. Die Gruppe Bildung und Berufswahl wies darauf hin, dass insbesondere die Arbeitsmarktpolitik die entsprechenden Weichenstellungen beeinflussen und die Rahmenbedingungen verändern muss. Besonders kämpferisch tönte es in der Gruppe Arbeitswelt, die die Thesen teilweise stark verschärfte. So wurden ausdrücklich volle Gleichberechtigung im Beruf und nicht Privilegien verlangt (Nachtarbeitsverbot, Gesundheitsschutz), zwar flexible Arbeitszeitmodelle befürwortet, aber sowohl für Frauen wie für Männer und auf allen Ebenen, auch in der Führung, verlangt. Besonders zu betonen ist die einstimmige Forderung nach Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes auf Bundesebene und die Unter-

stützung von Gleichstellungsbüros.

Eine Überraschung ergab die Verabschiedung der Resolution am Schluss der Tagung. Der vorgelegte Textentwurf erschien den Teilnehmerinnen als zu brav und musste abgeändert werden.

Da nächstens eine «Politische Rundschau» über die Tagung und eine Broschüre zur FDP-Frauenpolitik erscheinen, erübrigt es sich, weiter auf das Treffen in Thun einzugehen. Dagegen drängen sich aus der Sicht einer seit Jahren in der Frauenpolitik Aktiven einige persönliche Bemerkungen auf.

## Fortschritte

Einmal wäre festzustellen, dass seit der Zeit, als die FDP-Geschäftsleitung die freisinnigen Mitglieder des Initiativkomitees für den Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung offiziell tadelte, doch erhebliche Fortschritte gemacht wurden.

So werden Frauenpostulate mehr und mehr als liberale Ideen und nicht mehr als linke Politik betrachtet.

Es ist auch eine andere Art Frauen, die sich engagieren.

## Fortsetzung von Seite 9

Deutschlandpolitik eine radikale Neuorientierung vornahm sowie namentlich in der Wirtschafts-, Sozial- (de facto paritätische Mitbestimmung) und Steuerpolitik einen etatistischen Kurs einschlug, traten prominente National- und Wirtschaftsliberale (Erich Mende, der Unternehmensberater Kienbaum, der Unternehmer Kühlmann-Stumm usw.) aus der Partei und wechselten bis 1972 zur Union.

Dem realistischen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt gelang es zusammen mit Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher und den liberalen Wirtschaftsministern Hans Friderichs bzw. Otto Graf Lambsdorff, ideologischen Ballast sozialistischer bzw. sozialliberaler Provenienz abzuwerfen und das Staatsschiff auf einen ruhigeren, wirtschaftlich gesünderen Kurs zu richten. Dagegen stellten sich aber die linken Flügel

Waren früher an solchen Tagungen mehrheitlich gut gestellte, etablierte Frauen zu treffen, die die Probleme kaum am eigenen Leib erfahren mussten, sind es heute mehr und mehr jüngere, engagierte, selbstbewusste und hochqualifizierte Frauen mit politischem Gefühl – ein Potential also, dessen sich die Partei möglicherweise noch zu wenig bewusst ist.

Zwar ist richtig, dass die Probleme seit Jahren dieselben sind und Grundsätzliches sich nicht verändert hat. Aber der Ton ist ein anderer geworden. Keine Spur mehr von einer demütigen Haltung, wie sie früher bei den freisinnigen Frauen vorherrschte, sondern eine klare Formulierung der Erwartungen an die Partei und ein starker Wille zum Einsatz aller Kräfte.

Und einmal mehr sei den Männern ins Stammbuch geschrieben: Es zeigt sich immer mehr, dass Frauenpolitik nicht allein von den Frauen betrieben werden darf. Sie gehört vernetzt in alle politischen Bereiche und braucht entsprechendes Mitdenken aller.

Ein Mangel wäre allerdings festzustellen:

in beiden Parteien – besonders Schmidt hatte Mühe, sich in seiner Partei durchzusetzen, weshalb es 1980 zum Bruch und zur «Wende» kam: Genscher regiert seither mit dem christdemokratischen Bundeskanzler Helmut Kohl, während Otto Graf Lambsdorff den Parteivorsitz übernommen hat.

## Exodus

Es kam damals zum zweiten Exodus aus der FDP, diesmal von seiten des sozialistischen bis radikal sozialliberalen Flügels, der in der SPD Unterschlupf fand (Ingrid Maier-Matthäus, Helga Schuchardt). Von der ersten grossen Austrittswelle (1970 bis 1972) namentlich durch Kreise aus der deutschen Wirtschaft hat sich die FDP kaum erholt – sie ist personell ausgepowert. Politisch wie fachlich kompetente und hochbegabte Persönlichkeiten finden sich neben Lambsdorff und Genscher namentlich unter der jüngeren Generation kaum; das Mittel-

Es fehlten vertiefte Fragen um die europäischen Zusammenhänge. Weder wurde von den Vorteilen gesprochen, die eine Anpassung unserer Gesetze an die EG-Richtlinien bringen würde, noch wurde in Frage gestellt, ob die Frauen sich nicht stärker in die Europapolitik einmischen sollten, um zu vermeiden, dass das neue Europa und die Rolle der Schweiz allein nach männlichen Kriterien geprägt werden.

## Fazit

Zum Abschluss dieser Gedanken sei erlaubt, einer persönlichen Überzeugung Ausdruck zu geben. Zur Volkspartei kann die FDP nur durch eine offene Politik an der Basis werden, das heisst in den gesellschaftlichen, sozialen, den Bildungs- und Arbeitsbereichen. Also gerade dort, wo die Frauen verankert und aktiv sind. Schlussfolgerung: Ein grösserer Frauenanteil auf allen Ebenen und eine stärkere Berücksichtigung ihrer Ideen dürfte mehr bewirken als Slogans, Manifeste und Wahlplattformen. □

mass, durchaus PR-bedacht (Wirtschaftsminister Möllemann usw.), dominiert.

Hinzu kommt, dass die Partei nach der Wiedervereinigung die Mitglieder zweier früherer Ostdeutscher Blockparteien (LDPD, NDPD) aufgenommen hat, die eng mit dem totalitären SED-Regime liiert waren. Ideelle Werte und ein klares ordnungspolitisches Profil stehen und fallen mit Lambsdorff. Wenn sich die Existenzberechtigung einer Partei auf ihre Funktion als Mehrheitsbeschaffer («Zünglein an der Waage») reduziert, verliert sie ihren liberalen Charakter; Partizipation an der Macht ist dann das ausschliessliche Ziel des Parteikaders. Eine Wiedernäherung an den ideellen Liberalismus, die Eindämmung der enormen Machtfülle der in Deutschland traditionell privilegierten Staatsbeamten täte not. Dann müsste man aber den Versuch aufgeben, eine Art kleine Massenpartei statt eine Meinungspartei sein zu wollen. □

## FDP-Publikationen

Ich bestelle:

- Ex. Dazu stehen wir. Zielsetzungen und Postulate 1991-1995 (1 Ex. gratis, mehrere Ex. à Fr. 1.-, 96 Seiten).
- Ex. Jahresbericht 90/91. Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung (1 Ex. gratis, 162 Seiten, dt./frz.)
- Ex. Politische Rundschau Nr. 1 und 2, 1990. Gentechnologie als Herausforderung. Stellungnahme der FDP zu Chancen und Risiken der Gentechnologie (à Fr. 5.-, 34 Seiten).
- Ex. Politische Rundschau Nr. 3 und 4, 1990. Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der 90er Jahre (à 5.-, 42 Seiten, dt./frz.).

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

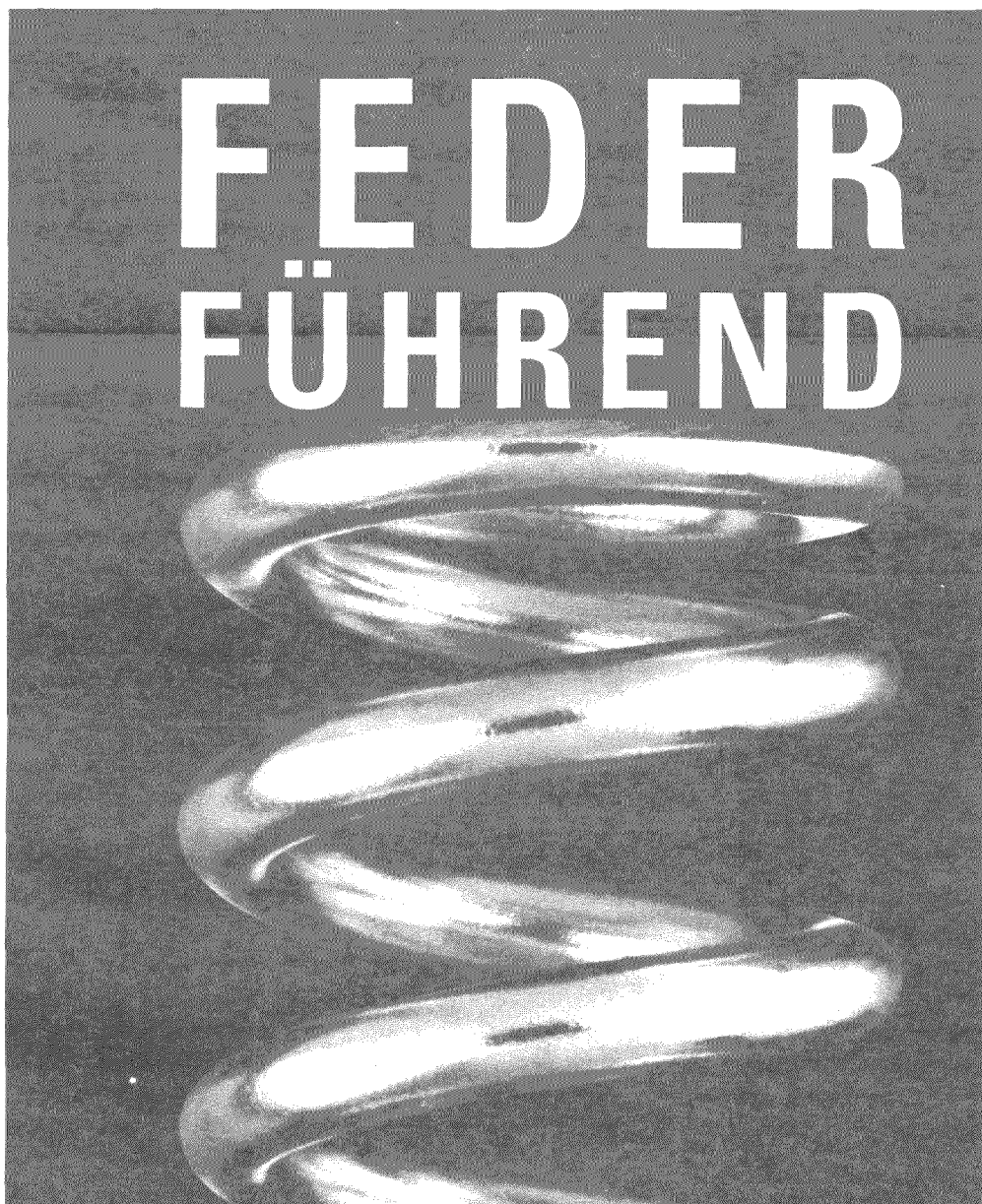
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.



# FEDER FÜHREND



**BAUMANN + CIE AG**  
**Federnfabrik, CH-8630 Rüti**  
 Tel. 055/848 111  
 Telex 875 606, Fax 055/848 511

### Standpunkt

Die Arbeitsgruppe Napf hat mit grosser Genugtuung von der Motion Rhinow (FDP-Ständerat, BL, Oberst im Generalstab) Kenntnis genommen. Die Motion bezweckt im wesentlichen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht (Gemeinschaftsdienst) anstelle der allgemeinen Wehrpflicht. Grundsätzlich sieht sie das freie Wahlrecht des Stellungspflichtigen zwischen gleichwertigen Dienstarten vor, mit Sicherung des notwendigen Armeestandandes.

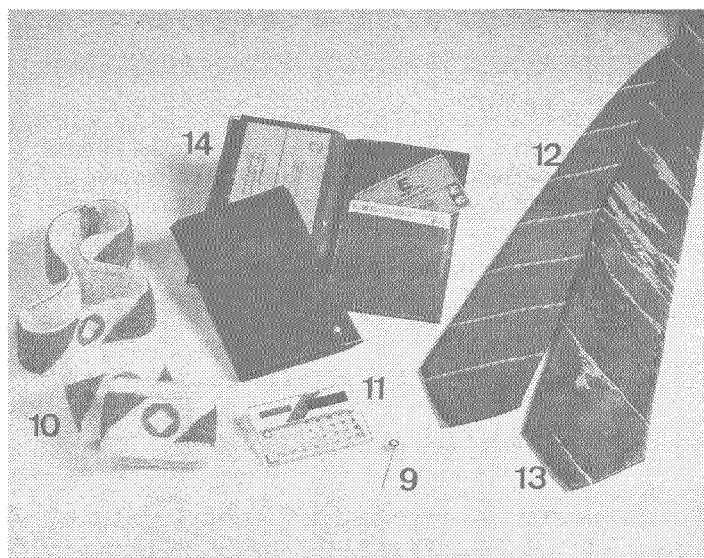
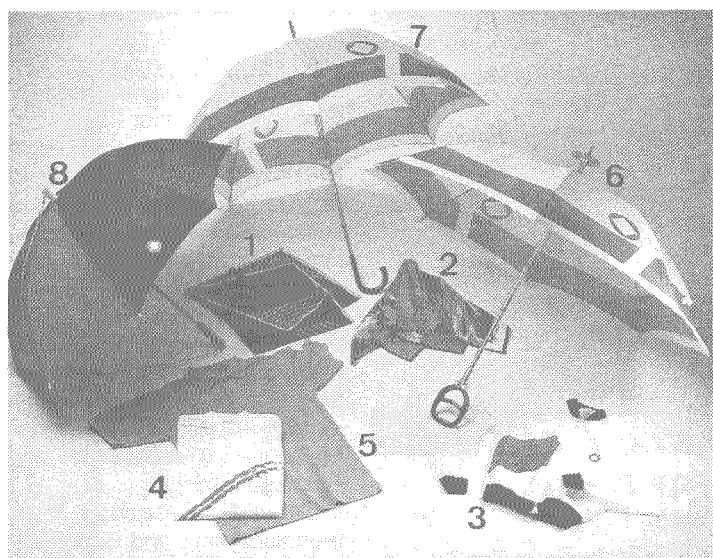
Die Motion Rhinow stimmt mit unseren Hauptzielsetzungen voll überein. Die Arbeitsgruppe Napf hat beschlossen, ihre am 14. März 1991 der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereichte Volksinitiative zurückzuziehen, wenn die Motion Rhinow von den eidgenössischen Räten dem Bundesrat überwiesen wird (als Motion). Bundesrat Kaspar Viliger wurde dieser Beschluss schriftlich mitgeteilt.

Auch bei einem allfälligen Rückzug ihrer Initiative setzt die Arbeitsgruppe Napf ihre Bestrebungen zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht fort. Sie wird insbesondere bei der Erarbeitung von guten Lösungen auf Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsstufe mithelfen.

*Arbeitsgruppe Napf  
 Dr. Walter Schwarz  
 Ostermundigen*



# Farbe bekennen!



## Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 49.-
- 2** Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 50.-
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.-
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 12.-
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.-
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.-
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.-
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 35.-

- 9** **Anstecknadel.** Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 10.-
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. \_\_\_\_\_ **Set** à Fr. 10.-
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 20.-
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 38.-
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 40.-
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 44.-

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

# Redetraining für FDP-Frauen

Das zweiteilige Seminar richtet sich an Frauen, die im öffentlichen oder politischen Leben engagiert sind und die in ihrer Tätigkeit auf eine wirksame Gesprächsführung, auf Redegewandtheit und auf ein überzeugendes Auftreten angewiesen sind.

Der Grundkurs bietet den Teilnehmerinnen Gelegenheit, sich mit Prozessen, Methoden und Techniken auseinanderzusetzen, die ein erfolgreiches Kommunizieren fördern und unterstützen. Der Aufbaukurs dient der Vertiefung und ist für Teilnehmerinnen bestimmt, die den Grundkurs besucht haben.

Der Grundkurs kann einzeln oder zusammen mit dem Aufbaukurs gebucht werden.

**Seminarort und Zeit:** Hotel Zofingen, Kirchplatz 30, 4800 Zofingen, Tel. (062) 500 100, 10–17 Uhr

**Datum:** REDETRAINING I  
Grundkurs: Samstag, 28. September 1991  
REDETRAINING II  
Aufbaukurs: Samstag, 26. Oktober 1991

**Anmeldung und Auskunft:** Sekretariat des SVFF-Ressorts Politische Ausbildung, Kathrin Perret, Gerstenstrasse 2, 5400 Wettingen, Tel. (056) 26 75 24  
**Anmeldeschluss: 7. September 1991**

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Erfolgt keine schriftliche Bestätigung, ist die Teilnahme nicht möglich.

**Seminargebühr:** SFr. 150.– pro Kurseinheit. Inbegriffen sind: Teilnahme, Seminarunterlagen, Mittagessen und Pausengetränke. Die Seminargebühr wird mit der Bestätigung in Rechnung gestellt. Die Quittung der Einzahlung gilt als Teilnahmeausweis.

Ich melde mich an für das SVFF-Herbstseminar 1991:

REDETRAINING I  
Grundkurs, 28. September 1991  (bitte ankreuzen)

REDETRAINING II  
Aufbaukurs, 26. Oktober 1991  (bitte ankreuzen)

Für Teilnehmerinnen, die den Grundkurs besucht haben.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Postleitzahl: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Tel. Privat: \_\_\_\_\_ Geschäft: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bis 7. September 1991** einzusenden an:  
Kathrin Perret, Gerstenstrasse 2, 5400 Wettingen.

## Mutzi

In den Auseinandersetzungen um die neue Sicherheitsdelegation des Parlamentes meinte Massimo Pini (FDP/TI): «Ich bin weder dafür noch dagegen, ganz im Gegenteil!»

\*  
Barbara Haering Binder (SP/ZH) sprach einen Tag nach der Aufstockung der Parlamentarier-Entscheidungen beim Eureka-Projekt von «40 Millionen für die Forschung». – Mit sozialdemokratischer Kelle angegriffen, sind's alleweil mehr.

## FDP-News

### FDP Schweiz International

Als erste Partei in der Schweiz gründet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Vereinigung für Auslandschweizer.

Anfang 1992 erhalten die Auslandschweizer die politischen Rechte. Die FDP will eine fundierte politische Information der Auslandschweizer aufbauen. Diesem Informationsauftrag fühlt sie sich nicht zuletzt deshalb verpflichtet, weil die politischen Rechte der Auslandschweizer als Folge der 1986 durch FDP-Nationalrat Georg Stucky, Zug, eingereichten Motion eingeführt werden. Georg Stucky wird auch das Präsidium der neuen Vereinigung übernehmen.

Über 450 000 Auslandschweizer werden im nächsten Jahr aktiv am politischen Geschehen in der Schweiz teilnehmen können. Für die FDP ist das eine Herausforderung. Mit ihrer Vereinigung will die FDP den Auslandschweizern, den vorübergehend im Ausland tätigen Schweizern sowie Mitgliedern des diplomatischen und konsularischen Dienstes in der Schweiz oder im Ausland eine politische Heimat bieten.

## SVFF

### Neuer Vorstand

Die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 25. Mai 1991 einen neuen Vorstand bestellt, neue Statuten genehmigt und sich vom

bisherigen Vorort-System gelöst.

Neu wurden in den Vorstand gewählt: Franziska Frey-Wettstein, Zürich (Präsidentin); Véronique Grolimund, Genf (1. Vizepräsidentin, Kontakte zu Mitgliedern der Romandie); Elisabeth Stüssi, Chêne-Bourg GE (Finanzen); Esther Rychiger, Steffisburg (Aktuariat); Ursula L. Schmid, Schaffhausen (2. Vizepräsidentin, Öffentlichkeitsarbeit); Marianne Krämer, Frauenfeld (Kontakte zu Mitgliedern der Deutschschweiz); Catrina Luchsinger, Zürich (Kontakte national und international); Anita Calonder Gerster, Zürich (Politische Ausbildung); Christine Egerszegi, Mellingen (Gesellschaft und Familie).

Die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Behördenvertreterinnen sind ex officio Mitglieder.

Am 19. September findet in Bern die erste Präsidentinnenkonferenz des SVFF unter neuer Flagge statt.

Kontaktadresse: Ursula L. Schmid, Friedbergstrasse 41, 8200 Schaffhausen, Telefon (053) 25 63 90.

## Leserbrief

In seinem Leserbrief vom Juni wittert Rolf Baumann gegen alle Massnahmen, die die persönliche Mobilität etwas reduzieren und die auch an das Verursacherprinzip heranführen sollen. Nun sollte allmählich allgemein bekannt sein, wohin die unbeschränkte Mobilität führt, abgesehen davon, dass es ethisch nicht verantwortbar ist, dass ein Viertel der Menschheit drei Viertel der Energie verbraucht, und fast die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs beansprucht der Verkehr.

Da solche Einsichten nur wenige Idealisten zum entsprechenden Handeln bringen, sind leider behördliche Massnahmen unumgänglich. Wenn sich Exponenten des Freisinns vehement gegen solche Massnahmen wehren, sind Stimmenverluste an die Grünen programmiert! Wenn nicht wir alle bereit sind, persönliche Wünsche und «Freiheiten» etwas zurückzustellen zugunsten unserer Umwelt und der nachkommenden Generationen, wird die Natur ihre (harten) Bedingungen diktieren!

Werner Reber, Bern



# Streifzug durch die Parteiprogramme

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom kommenden Herbst haben die Parteien auch ihre Programme überarbeitet. Oft als reine Pflichtübung empfunden, zeichnen sie sich mehr als umfassende Auflistung der Problemkreise mit Lösungsansätzen aus als durch Festlegung einzelner Schwerpunkte. Festzustellen sind auch Widersprüche innerhalb der Parteiprogramme, so zwischen dem Umweltbereich und dem Kapitel Energie. Nachfolgend seien einige Themenkreise im Quervergleich herausgepickt.

**Walter Bosshard,**  
Gemeindepräsident/  
Kantonsrat Horgen (ZH)

Nach dem Nein des Souveräns zum Finanzpaket ist eine Analyse dieses Abschnittes besonders interessant. Kaum Gemeinsamkeiten finden sich zwischen den bürgerlichen Parteien und der SP. Die Bürgerlichen setzen sich für eine Stabilisierung – FDP sogar für eine Senkung – der Staatsquote und für einen Übergang zu einer europakonformen Mehrwertsteuer ein, während sich die Sozialdemokraten für einen Abbau der Einkommens- und Vermögensunterschiede, eine starke Progression für hohe Einkommen und Vermögen, massive Erbschafts- und Schenkungssteuern, eine Steuerharmonisierung, eine Kapitalgewinnsteuer und für eine erhöhte Staatsverschuldung zur Erhaltung der Vollbeschäftigung aussprechen.

## Wirtschaft

Im Bereich Wirtschaft setzt sich die FDP stark für einen unternehmerischen Freiraum ein, der nicht durch weitere Vorschriften eingeengt werden sollte. An diese Aussagen sollten wir uns auch in den nächsten Jahren erinnern. Die SVP will eine Sonderausstellung der Landwirtschaft, während die Sozialdemokraten kaum neue Ideen propagieren. Sie fordern weiterhin die Überwindung des Kapitalismus (auch nach dem wirtschaftlichen Zerfall in den Oststaaten), die Überwindung der Wachstumszwänge und ein straffes Unternehmerrecht, was immer das heissen mag.

## Abschied von der Kernenergie?

FDP und SVP stehen zur Kernenergie, während im CVP-Programm eine entsprechende Aussage vergeblich gesucht wird und die SP die Atomenergie offen bekämpft. Alle sind natürlich für die Förderung alternativer Energien.

Im Bereich Sozialpolitik wird von keiner Partei ein grosser Wurf propagiert, wenngleich interessant ist, dass FDP und SVP explizit längerfristig die

Angleichung des Rentenalters der Frau an dasjenige des Mannes erwähnen. Die SP will nach wie vor die verfassungsmässige Verankerung der Sozialrechte, wie Recht auf Wohnung, auf Arbeit, auf Bildung, erreichen.

## Alle Parteien sind umweltbewusst

Aus Sicht des Bürgers stehen Umweltschutz und Asylpolitik ganz oben auf der Traktandenliste. Entsprechend prominent werden denn auch die beiden Themenkreise in den Programmen behandelt.

Beim Umweltschutz will keine Bundesratspartei die Gangart verlangsamen. Überall werden Lenkungsabgaben zum Allerweltsheilmittel emporstilisiert, doch dürften sich dann im konkreten Fall die Geister scheiden, wenn auch klar definiert werden muss, was man unter diesem Begriff zu verstehen hat. Ein Satz im SP-Parteiprogramm lässt aufhorchen: Die Partei will «unerwünschte»

Produktion durch Verbote oder Grenzwerte verbieten.

## Asylpolitik

Im Asylbereich plädieren die drei bürgerlichen Bundesratsparteien – wenigstens im Parteiprogramm – für einen konsequenten Vollzug des Asylgesetzes. FDP und SP setzen sich für eine Verbesserung der Rechtsstellung der Ausländer ein, wobei die Freisinnigen das Ausländerstimm- und -wahlrecht ausklammern.

Die Parteiprogramme lassen kaum überraschende Schwerpunkte erkennen. Ihr Wert darf sich aber nicht darin erschöpfen, nach dem 20. Oktober 1991 möglichst bald in Vergessenheit zu geraten, vielmehr sollte unsere Tagespolitik auch in den kommenden Jahren an diesen Kernaussagen gemessen werden können. Weisen die Programme von FDP, SVP und CVP bei verschiedener Akzentuierung doch gewisse Gemeinsamkeiten auf, so sucht man solche zur vierten Bundesratspartei vergebens. □



Die Parteiprogramme der vier Bundesratsparteien lassen kaum überraschende Schwerpunkte erkennen. Ihr Wert darf sich aber nicht darin erschöpfen, nach dem 20. Oktober 1991 in Vergessenheit zu geraten.